Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 8. September 1928 — Nummer 211

Ostsachsen-Ausschuß für Volksentscheid

Gestern abend trat auf Einladung des Antikriegskomitees erstmalig eine größere Anzahl von Vertretern verschiedener Organisationen und Betriebe zusammen, um zur Durchführung des Volksentscheides im Bezirk Ostsachsen Stellung zu nehmen. Auf die Einladung waren 21 Vertreter erschienen. Nach einigen begrüßenden Worten des Genossen Wehner von der Roten Hilfe wurde ein Präsidium aus den Vertretern der Roten Hilfe, des JB, des RFMB, des Leichtmetallwerkes Kühne, der Zigarettenfabrik Monopol und der Farbenfabrik Epple gewählt.

Genosse Hosp Vertreter der KPD, hielt ein kurzes Referat über die Bedeutung des Kampfes gegen den Panzerkreuzerbau und der imperialistischen Aufrüstung. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß das Erscheinen einer Anzahl Betriebsvertreter aufzeigte, mit welchem Ernst die proletarischen Massen selbst die Organisierung des Kampfes für die Durchführung des Volksentscheides in Angriff nehmen. Selbst bei dieser kurzen Frist der Einladung habe schon eine Reihe von Belegschaften und proletarischen Organisationen ihre Delegierten zu entsenden vermocht. Das läßt darauf schließen, daß die Bewegung in kurzer Zeit große proletarische Massen erfassen wird. Die Empörung der Arbeiter und Arbeiterinnen über die stets wachsenden Ausgaben für die Aufrüstung des neudeutschen Imperialismus ist in kurzer Zeit in organisierten Kampf umgeschlagen. Die sozialdemokratischen Parteiführer haben in den ersten Tagen radikale Worte gefunden, um die Arbeitermassen zu beruhigen. Sie versuchen jetzt, das Proletariat für die Rüstungspolitik der Bourgeoisie zu gewinnen. Die gesamten proletarischen Organisationen sollen in den Dienst der imperialistischen Trustbourgeoisie gestellt werden. Der Kampf um den Volksentscheid bringt eine klare Entscheidung: entweder für den Volksentscheid mit den proletarischen Massen, oder gegen den Volksentscheid mit der Bourgeoisie in einen neuen imperialistischen Krieg. Die gesamte angebliche Friedensarbeit der SPD und des Völkerbundes ist in kurzer Zeit entlarvt worden als eine gewaltige Aufrüstung zum Krieg gegen die Sowjetunion. Aufgabe des Bezirkskomitees wird es sein, die werktätigen Massen Ostsachsens gegen die Kriegsgefahr zu mobilisieren, die Klassenkraft der Arbeiter zu stärken bis zur endgültigen Befreiung vom kapitalistischen Joch überhaupt.

In der Diskussion schilderten die Vertreter der verschiedensten Organisationen und der Betriebe die Empörung der Arbeiter. Ueberall begrüßen die Arbeiter die Initiative der KPD, die den Volksentscheid in Gemeinschaft mit KJVD und RFB einleitete. Jeder Diskussionsredner erklärte, wir werden mit aller Entschiedenheit den Volksentscheid unterstützen. Sie ließen nicht außer acht, darauf hinzuweisen, daß einige sozialdemokratische Funktionäre versuchen, die Politik des Parteivorstandes der SPD in den Betrieben durchzusetzen. Dieser Widerstand der SPD-Funktionäre wird aber durch die Kraft der proletarischen Massen gebrochen werden.

Im Anschluß daran fanden die Beratungen ihren Ausdruck in folgender Entschließung:

„Heute konstituierte sich in einer Sitzung im Neustädter Bahnhof das „Komitee zur Durchführung des Volksentscheids gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsgefahr für den Bezirk Ostsachsen". Die dem Komitee angeschlossenen Organisationen und Betriebe sehen in dem Beschluß der Reichsregierung vom 10. August (Bewilligung der ersten Baurate für den Panzerkreuzer A) eine weitgehende Entwicklung des neudeutschen Imperialismus, der bereit ist, im Bunde mit den Völkerbundsmächten unter der Führung des britischen Imperiums die Niederringung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, die Sowjetunion, durchzuführen. Die Aufrüstung der deutschen Republik unter Führung von Hindenburg, Müller, Stresemann stellt ihre Friedensbeteuerungen als Täuschung des werktätigen Volkes bloß und erfolgt auf Kosten der breiten Massen. Millionen Werktätiger, Arbeiter, Bauern, Kleingewerbetreibender, Rentenempfänger leiden mit ihren Kindern bitterste Not, über welche sich die Kriegstreiber skrupellos hinwegsetzen.

Die beteiligten Organisationen und Betriebsvertreter betrachten den Volksentscheid als eine Angelegenheit aller Werktätigen und wenden sich an alle, die ehrlich bestrebt sind, den Kampf gegen die Rüstungspolitik der Kriegshetzer aufzunehmen mit der Aufforderung, die Arbeiten des Komitees zu unterstützen. Alle Organisationen der Werktätigen, der Kriegsgegner und die Belegschaften der Betriebe werden aufgefordert, Delegierte zur Mitarbeit in das Komitee zu entsenden. Auch in Ostsachsen wird es uns gelingen, die breiten Volksmassen für das Volksbegehren zu mobilisieren und sie zum Kampfe gegen den neudeutschen Imperialismus zu führen."

KPD, KJVD, RFB, RA, ISK, RH, RFMB, JAH, Einheitskomitee Ostsachsen, GpF, SSW, Arbeiter-Ido-Bund, Betriebe: Elektrizitätswerk, Monopol Dresden, Leichtmetallwerk Kühne, Farbenfabrik Epple, Grahl & Höhl, Peuvag Dresden.

Zur Durchführung der Arbeiten wurde beschlossen, einen Arbeitsausschuß zu wählen, der jeden Montag tagt. Zur Organisierung und Finanzierung der Aktion wurde eine technische Kommission gewählt und eine Kommission zur Durchführung der Propagandaarbeiten.

Die technische und Propagandakommission werden zu besonderen Sitzungen geladen. **Die nächste Plenarsitzung des Komitees findet am Montag dem 17. September statt.** Alle Zuschriften an das Komitee sind zu richten an Erich Schumann, Dresden, Güterbahnhofstraße 24.

Für den Volksentscheid

Die am 7. September tagende Betriebsversammlung der Firma C. Epple verurteilt das Verhalten der SPD-Minister im Reichskabinett und begrüßt den von der KPD eingereichten Volksentscheid gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr. Die Betriebsversammlung sieht in dem Volksentscheid nicht nur einen Kampf gegen den Panzerkreuzer A, sondern gegen die gesamten Rüstungen der deutschen Republik. Sie wird daher mit allen Kräften **die Arbeiten zur Durchführung des Volksentscheids unterstützen.**

Rebellion gegen den Vorwärts

Berliner Funktionäre verlangen Neubesetzung der Redaktion — Neues Berliner Organ verlangt

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Funktionärkonferenz der Sozialdemokratischen Partei, die sich mit den Beschwerden über den Vorwärts beschäftigte, referierte Stampfer. Er begann mit einer groß angelegten Kommunistenhetze. Die Kommunisten wollten in der Arbeiterbewegung einen Krieg aller gegen alle entfesseln und die Kritiker am Vorwärts leisteten den Kommunisten unfreiwillige Helfersdienste. Der Vorwärts habe in der Panzerkreuzerfrage getan, was die Berliner immer von ihm verlangt hätten. Leider habe auch das nicht geholfen. **Die Koalitionspolitik bringe den Arbeitern zwar einige Vorteile, ihm selber aber bekomme sie immer am schlechtesten.** Kaum sei die SPD in der Regierung, **da fielen die Angriffe hageldicht.** Stampfer tritt **gegen den Volksentscheid auf:** „Sollen wir etwa, um uns entlarven zu lassen, 2 Millionen Arbeitergroschen opfern?" Stampfer erklärt dann, **daß die Sozialdemokratie nicht gegen die Reichswehr ist, sondern um die Reichswehr kämpft.** Der Vorwärts trage die Last der Verantwortung wie keine andere Zeitung.

Das Korreferat hielt der Vorsitzende der Berliner Pressekommission Meyer. Die Berliner seien nichtunbedingte Gegner einer Koalitionspolitik. Der Vorwärts sei nicht nur **Zentralorgan und Berliner Zeitung, sondern Regierungsorgan.** Diese Dreieinigkeit sei für die Berliner Parteigenossen untragbar. **Der Vorwärts** habe es abgelehnt, beim Eintreffen der Nachricht von der Panzerkreuzerbewilligung auf die Minister loszugehen, so wie es nötig war. Der Vorwärts unterlag wieder einmal **den Notwendigkeiten einer sogenannten Staatspolitik. Die** Panzerkreuzerangelegenheit habe **für die Partei Schaden, großen Schaden angerichtet. Meyer brachte die allgemeinen** Klagen über den Vorwärts vor. **Politik, Lokales, Kommunales,** Sport, parlamentarische und Versammlungsberichterstattung, all das ist nicht so, **als die Berliner** Parteigenossen **wünschen.** Die Berliner **wollen ein Blatt ohne** große staatspolitische Rücksichten, **ein sozialistisches Blatt. Er fordert zum Schluß ein eigenes Organ für die Berliner Parteiorganisation.**

Aus der Versammlung wurde eine Resolution vorgelegt, die **eine Neubesetzung der Redaktion des Vorwärts fordert.** Es gelang aber den Anstrengungen des Vorstands und der zahlreichen Angestellten und Staatsfunktionäre in der Versammlung, daß dieser Antrag zurückgezogen wird. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die feststellt, **daß die Zustimmung zum Panzerkreuzer für die Sozialdemokraten in Berlin eine sehr schwierige Lage geschaffen hat und in** der der **Parteivorstand aufgefordert wird, ein vom Zentralorgan unabhängiges Berliner Blatt zu schaffen.**

Außenpolitische Umschau

Rund um London — Sowjetrußlands Beitritt zum Kelloggpakt — Müller in Genf — Balkankrisen

r. g. — Als Herr Kellogg von der Unterzeichnung des „Antikriegspaktes" aus Paris zurückkehrte, da war seine Zeit „leider" so knapp bemessen, daß er den dringenden englischen Einladungen zu einem Besuche in London nicht Folge leisten konnte — aber sie war glücklicherweise nicht so knapp, als daß Kellogg nicht Zeit gefunden hätte, einen kleinen Abstecher nach Irland zu machen, sich dort feiern zu lassen und mit diesem Besuche die Sympathien des amerikanischen Imperialismus für alle Loslösungsbestrebungen britischer Dominions zu bekunden — worauf er, um nur ja nicht englischen Boden betreten zu müssen, auf dem Umweg über Frankreich in sein gesegnetes Dollarland heimkehrte. Man hat sich in Washington nicht mit dieser mehr als deutlichen Demonstration begnügt, sondern sie auch noch eingehend begründet: als die Nachricht vom Abschluß des englisch-amerikanischen „Seeabrüstungs"-Abkommens eintraf, veranstaltete der Präsident mit großer (sonst bei solchen Gelegenheiten nicht eben üblicher) äußerer Aufmachung eine Besprechung mit den Militär- und Marinesachverständigen über die „zum Schutze des Reiches" nötigen Maßnahmen. Und Herr Stresemann, der treue Fridolin des amerikanischen Imperialismus, wurde gerade so weit gesund, um in Paris den Kellogg-Pakt unterschreiben zu können, den Amerika mit seiner Hilfe dem widerstrebenden englisch-französischen Block abgerungen hatte — und damit ja kein Mißverständnis über den Sinn dieser Reise möglich sei, wurde offiziös bekanntgegeben, daß die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und also auch die Pariser Reise Stresemanns, im wesentlichen ein Akt der deutsch-amerikanischen nicht aber der deutsch-französischen Politik sei. Als es aber nach Genf gehen sollte, wo es sich um Fragen der deutsch-französischen Politik, nämlich um die Rheinlandräumung, dreht, da versagten Stresemanns Nieren pflichtgemäß und Hermann Müller kann nun die Suppe auslöffeln.

Der amerikanische Imperialismus und alle seine Freunde haben übrigens ganz recht, wenn sie das englisch-französische Flottenabkommen als gegen sich gerichtet betrachten. Schon die bloße Tatsache, daß England — nachdem im vorigen Jahre seine „Seeabrüstungs"-Verhandlungen mit Amerika an der Kreuzerfrage gescheitert sind — sich über dieselbe Frage mit Frankreich glatt verständigen konnte, spricht für eine weitgehende Annäherung, die für Amerika um so peinlicher wird, als Frankreich bei der Einleitung der „Antikriegspakt"-Verhandlungen offensichtlich ein Bündnis mit Amerika anstrebte und sich nun offenbar für den Mißerfolg dieser Verhandlungen bei der englischen Konkurrenz schadlos hält. Auch was man über den tatsächlichen Inhalt des Flottenabkommens hört, ist gerade kein Labsal für amerikanische Ohren: Frankreich scheint freie Bahn für den Bau von kleineren Torpedo- und U-Booten zu Küstenverteidigungszwecken erhalten zu haben. England aber Freiheit im Bau von größeren Panzerkreuzern zur Deckung seiner überseeischen Verbindungen. Beide haben sich also gerade jene Rüstungsmöglichkeiten gesichert, auf die es ihnen im Falle eines Krieges mit Amerika ankommen müßte, statt — wie in den letzten Jahren — die Möglichkeit eines Krieges gegeneinander bei ihren Rüstungen in den Vordergrund zu schieben. Vor allem aber ist der politische Preis, den England offensichtlich für dieses Abkommen zahlen mußte, eine eindeutige Provokation der amerikanischen Interessen: wenn England Frankreichs militärische Vorherrschaft auf dem Kontinent anerkennen will (die englisch-französischen Manöver im Rheinland waren eine Demonstration dieses Willens gegenüber Deutschlands) und andererseits (wie zuletzt in Bulgarien) Italien die bisher gewährte Unterstützung entzieht, verringern sich naturgemäß die für den amerikanischen Imperialismus vorhandenen Möglichkeiten zur Ausspielung der europäischen Imperialismen gegeneinander und zur Aufrechterhaltung seines Uebergewichts auf „friedlichem" Wege. So ziemlich alle ernsten Pressestimmen — immer natürlich mit Ausnahme der sozialdemokratischen, die ja von Natur aus mit Blindheit für Kriegsgefahren geschlagen sind — sind sich auch darüber klar, daß das